

Länderreport am 24.01.2020 Silke Hasselmann

Moderation:

Auch in Mecklenburg-Vorpommern steht die Justiz vor einem Personalmangel mit langer Ansage. Ab 2027 wird eine beispiellose Pensionierungswelle die dortigen Gerichte und Staatsanwaltschaften erfassen. Innerhalb kurzer Zeit werden schlagartig über ein Drittel aller Stellen frei. Wer wird die besetzen? Es müssen Volljuristen sein, also Juristen mit erstem und zweitem Staatsexamen. Nun werden jene Stimmen immer lauter, die meinen, M-V müsse sich besser um die Nachwuchsausbildung kümmern. Dazu gehöre, die juristische Examensausbildung endlich auch wieder in Rostock zuzulassen statt nur an der Uni Greifswald. Denn dort gebe zu wenige Studienanfänger, dafür aber die bundesweit höchste Abbrecherquote. Rostock als zweiter Standort wäre deutlich attraktiver für angehende Volljuristen. Doch die Landesbildungsministerin stellt sich quer, wie Silke Hasselmann berichtet.

Gestern Abend in der 600 Jahre alten Universität Rostock. Mehr als 200 teils hochdekorierte Richter, Anwälte, Juraprofessoren und Rechtspolitiker aus Mecklenburg-Vorpommern finden den Weg in die althehrwürdige Aula. Die ist mit den Bildnissen ihrer ersten Rektoren geschmückt ist - allesamt Juristen.

Auch jetzt - im Jahr 2020 - unterhält die Uni Rostock eine Juristische Fakultät. An der kann man den Studiengang "Good Governance" belegen, der u.a. Zivilrecht und Öffentliches Recht enthält. Doch die klassischen Rechtswissenschaften bis zum juristischen Examen dürfen hier nicht mehr angeboten werden, seit die Schweriner Landesregierung 2008 die Hochschullandschaft neu sortiert hat, sagt der Dekan, Prof. Marcus Rehberg.

„Die Idee war, dass, wenn man beispielsweise Jura in Rostock schließt, die Studenten nach Greifswald gehen und man Kosten gespart hat. Jetzt haben wir aber zehn Jahre Erfahrung sammeln können und das Faktum ist einfach, dass die Studierenden nicht nach Greifswald gehen in höheren Zahlen oder sich dort nur pro forma einschreiben, obwohl die Greifswalder Kollegen da eine tolle Leistung erbringen. Und dadurch kommt die immer dringender werdende Aufforderung auf, mit sehr geringem Aufwand auch wieder die juristische Examensausbildung in Rostock zu eröffnen, um dadurch diesen Bedarf zu decken.“

Diese Forderung wird vor allem von den Praktikern erhoben. So macht sich Christian Doose-Bruns, der in Rostock dem größten der insgesamt sieben Anwaltsvereine in M-V vorsteht, große Sorgen.

„Allein 600 Rechtsanwälte gehen im Laufe der nächsten 12 Jahre in den Ruhestand und müssen adäquat ersetzt werden. Bei den Richtern und Staatsanwälten sieht es ähnlich aus mit 320 als Bedarf in den nächsten 12 Jahren. Und in der Wirtschaft und in den Verbänden werden auch immer Juristen gesucht, von der Landes- und Kommunalverwaltung ganz zu schweigen. Und wir haben festgestellt: Dieser Bedarf wird nicht annähernd gedeckt, allenfalls zu 50% mit den Absolventen, die wir zurzeit haben durch das Studium an der Universität Greifswald.“

Pro Jahr schreiben sich etwa 300 junge Frauen und Männer neu ein für ein Jurastudium in der charmanten vorpommerschen Hansestadt mit ihrer traditionsreichen Ernst-Moritz-Arndt-Universität. Dort ist ein NC nicht nötig, die Wartezeit kurz, was besonders viele Interessenten jenseits von M-V anzieht. Doch von den 300 Studienanfängern macht nur ein Bruchteil das erste Staatsexamen.

„Und von denen wiederum nur ein kleiner Teil das zweite Staatsexamen, so dass wir pro Jahr bei 50 bis 60 Absolventen haben - Volljuristen. Wir benötigen aber das Doppelte, um den jetzigen Stand zu erhalten.“

Praktisch sei die Lage noch dramatischer, denn von den wenigen Volljuristen aus Greifswald gehen viele in andere Bundesländer, ergänzt Michael Mack vom Richterbund M-V. Auch die Möglichkeit, Jura in der einzigen Großstadt des Landes studieren und sein Staatsexamen dort machen zu können, könnte ein Abwandern nicht in jedem Fall verhindern. Aber, so Michael Mack:

„Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, der aus unserer Sicht dazu führe würde, dass wir letztendlich mehr Kandidaten haben würden. Also grundsätzlich ein größerer Pool an geeigneten Bewerbern uns zur Verfügung stehen würde.“

Noch komme die Justiz einigermaßen klar, sagt Richter Mack. Sollten jedoch die Pensionierungswelle ab 2027 und die Defizite bei der Juristenausbildung im Land ungebremst zusammenfallen, dann werde es bei durchschnittlich 40 Abgängen pro Jahr nur rund 20 Neuzugänge geben.

„Das führt am Ende dazu, dass Arbeit liegen bleibt mit allen weiteren Konsequenzen bis dahin, dass möglicherweise Straftäter aus der Haft entlassen werden müssen.“

All das habe sie gehört und verstanden, sagt Bettina Martin. Sie ist als Bildungsministerin zuständig für die Hochschullandschaft in MV und eine entscheidende Adresse für alle, die für eine Neueinführung der juristischen Examensausbildung in Rostock plädieren. Sie teile sogar die Analyse, dass es zu wenig juristischen Nachwuchs in M-V gibt.

„Wir brauchen für eine funktionierende Demokratie unbedingt auch gute Juristinnen und Juristen. Deswegen habe ich gar kein Problem mit der Forderung, dass wir uns um die Ausbildung kümmern“

Doch die gestrige Podiumsdiskussion hat bei ihr offenkundig kein Umdenken erzeugt. Denn mit ihrer Anfangsmeinung kam die Ministerin auch wieder heraus:

„Ich halte es nur für nicht zielführend, einen anderen Studiengang sozusagen zu vernachlässigen und einen neuen aufzubauen. Weil: Wer sagt mir denn, wenn ich jetzt Rostock aufbaue und Greifswald nicht verbessere, dass nicht alle, die im Moment in Greifswald anfangen zu studieren, doch nach Rostock kommen und ich nicht mehr Studierende habe, sondern nur zwei teure Studiengänge, aber keinen Absolventen mehr?!“

Ihr Weg gegen eine Abbrecherquote von 75 Prozent in Greifswald zu kämpfen: Die Juristenausbildung in Greifswald verbessern und mit Rostock kooperieren.